



öffentlich

Betreff:
Steuerliche Behandlung von Immobilien

Erstellungsdatum 12.11.2002

Eingang 02:

Einreicher: Fraktion CDU

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.12.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Wege seines Einflussbereiches, zum Beispiel über den deutschen Städte- und Gemeindetag, darauf hinzuwirken, dass die steuerliche Behandlung von Veräußerungsgewinnen bei Immobilien nicht weiter zu Ungunsten der Investoren verschlechtert wird.

Er soll hierzu die Stadtverordnetenversammlung im März 2003 über seine Bemühungen informieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Bestehenden Bemühungen der Bundesregierung, die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen für Immobilien der generellen Steuerpflicht zu unterwerfen, das heißt die Abschaffung der ohnehin schon kürzlich verlängerten 10-Jahresfrist, hätten wahrscheinlich erhebliche Umschichtungen der Vermögensanlagenportfolios zur Folge – auch der Potsdamer Immobilienmarkt wäre betroffen. Vor allem vor dem Hintergrund des immer noch hohen Sanierungsbedarfes in Potsdam würden Kapitalanleger vor Investitionen zurückschrecken.